

Gefährliche Verzögerungstaktik 6 Monate nach dem Credit Suisse-Debakel

Von Sibylle Marti und Céline Widmer, erschienen in der p.s. Zeitung am 22. September 2023

Seit dem Credit Suisse-Debakel am 19. März ist ziemlich genau ein halbes Jahr vergangen. Im Frühling forderten auch bürgerliche Parteien lautstark strengere Auflagen und Regulierungen für den Bankensektor. Parteixponent:innen von der FDP über die Mitte bis zur SVP empörten sich landauf und landab, dass sich die CS-Führungsetage über Jahre so viele Boni ausbezahlt und gleichzeitig im Management total versagt habe. Mit grossem Getöse forderte sogar die FDP diese Boni zurück.

Obwohl eine nächste Bankenkrise ohne bessere gesetzliche Leitplanken so sicher ist wie das Amen in der Kirche, ist es bei den Bürgerlichen inzwischen bereits wieder verdächtig ruhig geworden in Sachen Bankenpolitik. Und dies, obwohl namhafte Expert:innen die fusionierte Riesen-UBS als ein enormes Risiko für die Schweiz, ihre Volkswirtschaft und ihren Staatshaushalt einschätzen. So erklärte Aymo Brunetti, Professor für Wirtschaftspolitik und Finanzstabilität an der Universität Bern, der nach der Finanzkrise 2008 mitgeholfen hatte, die Too-Big-to-Fail-Regulierungen auszuarbeiten, jüngst in der NNZ am Sonntag: „Die Bilanz der UBS ist doppelt so gross wie die jährliche Wirtschaftsleistung der Schweiz. Bei einer Übernahme würde der Staat mit Hunderten von Milliarden Franken im Risiko stehen. Er müsste dann wohl eine Bank führen, die wegen einer Krise dysfunktional ist und unter massivem Vertrauensverlust leidet. Dieses Risiko ist völlig inakzeptabel. Die UBS-Rettung könnte die Solidität des staatlichen Haushaltes ernsthaft gefährden und den Bund im Extremfall in die Nähe eines Staatsbankrotts bringen.“

Und was läuft derweil in Bundesbern? Nachdem die UBS Ende August die Milliarden an Liquiditätshilfe zurückgezahlt hatte, schalteten die bürgerlichen Parteien praktisch wieder auf ihren „Courant normal“ um. Dass die Rückzahlung der Liquiditätshilfe vor dem Beginn der Herbstsession des Parlaments in erster Linie den politischen Zweck verfolgte, weitgehende Regulierungen für den Bankensektor abzuwenden, wird unter den Tisch gekehrt. Es mehrten sich die Stimmen, die verkündeten, die Übernahme der CS durch die UBS sei offensichtlich ein erfolgreiches Unterfangen und der Bund habe für seine Darlehen ja darüber hinaus noch 200 Millionen Franken erhalten. Dass Einnahmen von 200 Millionen bei einem Risiko von über 100 Milliarden für die Steuerzahlenden einen wahrlich schlechten Deal von FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter darstellen, ist noch das eine. Schlimmer ist die von der FDP und den anderen bürgerlichen Parteien unverhohlen angewandte Verzögerungstaktik in

Sachen Regulierungen. Exemplarisch dafür steht die Aussage von FDP-Parteichef Thierry Burkart, man müsse nun Schnellschüsse vermeiden und zuerst die Ergebnisse der Parlamentarischen Untersuchungskommission zur CS abwarten, bevor man über Regulierungen befinde. Dabei gibt es diverse Bereiche, wo absolut klar ist, was es braucht, um Risiko aus dem System zu nehmen. Dazu muss man sicher nicht auf die Ergebnisse der PUK warten.

Und das Bankengesetz wird ja genau jetzt einer Revision unterzogen. Das bei der CS notrechtlich angewandte Instrument des sogenannten Public Liquidity Backstop, mit dem der Bund die Ausfallgarantie für die Liquiditätshilfen der Schweizerischen Nationalbank übernommen hat, soll nämlich ins ordentliche Recht überführt werden. Die bereits de facto bestehende Staatsgarantie für systemrelevante Banken soll damit auch de jure festgeschrieben werden. Und das, ohne dass zuerst die dringend notwendigen Regulierungen endlich angepackt würden. Der Entwurf des Bundesrates zeigt, dass Karin Keller-Sutter die Banken gegenüber dem Bund als dem Kreditgeber der letzten Instanz („the lender of the last resort“) nicht stärker in die Pflicht nehmen will. Das alte Spiel, dass Risiken sozialisiert und Verluste verstaatlicht, Gewinne jedoch privatisiert werden, soll also munter weiter in die nächste Runde gehen. Das ist komplett inakzeptabel.

Damit die gesetzliche Verankerung des Public Liquidity Backstop nicht einfach zu einem Blankoscheck für die Banken wird, braucht es mindestens eine Erhöhung der Eigenkapitalquote, ein Verbot von hochspekulativen Eigenhandelsgeschäften, eine finanzielle Abgeltung der Staatsgarantie, eine Deckelung der Löhne und Vergütungen des Bankmanagements sowie eine stärkere Aufsicht durch die Finma mit der Möglichkeit, Verstösse des Managements zu ahnden, Bussen auszusprechen und gegenüber der Öffentlichkeit bedeutende Verfahren gegen Banken publik zu machen.

Die SP verlangt, dass diese oder vergleichbare Regulierungen in die laufende Revision des Bankengesetzes übernommen werden. Alles andere wäre unverantwortlich und eine Gefahr für die ganze Volkswirtschaft.